



Newsletter Nr. 3 / 2022 (September / Oktober)

Inhalt:

Vorwort	2
Wahlaufruf	3
TECHTIDE 2022 Digitalisierung als Werkzeug junger Menschen in ihren Lebensphasen	5
Bericht aus dem Bereich Europa Arbeitsaufenthalt in Brüssel	7
Bericht aus dem Bereich Migration Integration als Daueraufgabe – Verlässliche Finanzierung der Flüchtlings- und Migrationsdienste	9
Bericht aus dem Bereich Pflege und Gesundheit Empfehlung der Pflegesatzkommission gem. § 86 SGB XI	11
Bericht aus dem Bereich Soziale Dienste EK Schuldnerberatung: Landesförderung für Soziale Schuldnerberatungsstellen	12
Berichte der Landesstelle Jugendschutz Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen: Risiken und Ressourcen	13
Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?	14
Jahrestagung zum suchtpreventiven Jugendschutz	14
Bericht der Stelle für Soziale Innovationen Neue Richtlinie und Start des Ideen-Verfahrens	15
Sonstiges / Veranstaltungen Ausschreibung für den Nds. Sozialpreis 2023	17
Anlagenbericht der LAG FW zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung „Kinderarmut in Niedersachsen – jedes fünfte Kind ist bedroht“	18
Terminhinweise Online-Fachtag der LAK „Kinderarmut? Die Letzten beißen die Hunde!“	19
Online-Fachtag zum OZG	19

Vorwort

Liebe Leser*innen, liebe Kolleg*innen,

Sie erhalten den neuen Rundbrief der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege in Niedersachsen (LAG FW). Wie immer können Sie dadurch einen Einblick erhalten,
mit welch vielfältigen Themen sich die LAG FW in jüngster Zeit befasst hat.

Die meisten Beratungsgespräche in den Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrts-
pflege in Niedersachsen sind aktuell geprägt von der Frage: „Was kommt an Teuerungen in
diesem Herbst und Winter noch auf mich zu“.

Diese Frage prägt nicht nur die Inhalte vieler Beratungsgespräche, sondern trifft auch die
Einrichtungen selbst, vor allem durch voraussichtlich wesentlich erhöhte Energiekosten.

Daher war es ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) politische Gespräche in unterschiedlichen Gremien und
Kommissionen zu führen, um den betroffenen Menschen mit ihren Ängsten und Nöten zu
helfen. Andererseits, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass die Einrichtungen und Dienste in
Trägerschaft der Mitgliedverbände auskömmlich finanziert werden, um ihre Angebote und
Leistung für die rat- und hilfeschuchenden Menschen in dieser Krisenzeit aufrecht erhalten zu
können.

Die Basis für eine Politik, die alle Men-
schen im Blick hat, ist die Wahl von demo-
kratischen Parteien. Die LAG FW hat erst-
malig einen Wahlaufuf (Geh wählen!) zur
Landtagswahl am 9. Oktober gestartet,
dem sich viele Organisationen und Ver-
bände angeschlossen haben. Näheres
dazu finden Sie auf der Seite drei.

Weitere Informationen zur Arbeit der LAG
FW finden Sie auf unserer Homepage [ht-
tps://lag-fw-nds.de/](https://lag-fw-nds.de/).

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Martin Fischer
Geschäftsführer



Foto: AWO Bezirksverband Hannover e. V.

Wahlaufruf

Wir gehen wählen – Sie auch?

Niedersächsische Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Am 9. Oktober 2022 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens mit ihrer Wahl über die Zusammensetzung des Niedersächsischen Landtages. Damit bestimmen Sie für fünf Jahre die politischen Mehrheiten in unserem Land.

Wahlen sind die Grundlage unserer Demokratie. Sie sind DIE konkrete Möglichkeit, Politik aktiv mitzugestalten. Die gewählten Abgeordneten erhalten durch die Wählerinnen und Wähler ihr Mandat und damit verbunden den Auftrag, die Zukunft zu gestalten – im Interesse der Menschen, die sie gewählt haben.

Aus diesem Grund darf unsere Demokratie nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Vielmehr muss sie immer wieder von neuem ausgehandelt und gegen antidemokratische Bestrebungen verteidigt werden. Vor diesem Hintergrund ist es als überzeugte Demokrat*innen unser gemeinsamer Auftrag die demokratische Kultur, Freiheit und Rechtstaatlichkeit immer wieder mit Leben zu füllen, zu erhalten und zu gestalten. Die Wahl ist dabei mehr als nur ein entscheidendes Instrument der demokratischen Kontrolle, sondern gleichzeitig Auftakt für die gemeinsame Standortbestimmung von Gesellschaft und Politik, wohin sich Niedersachsen in den kommenden fünf Jahren entwickeln soll.

Es gibt zahlreiche Themen und Fragestellungen, die von der nächsten Niedersächsischen Landesregierung angegangen werden müssen: „Wie kann unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wieder gestärkt werden?“ „Wie können wir gute Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen schaffen und wie kann jeder und jede von uns von dieser Entwicklung profitieren?“ „Wie können wir Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung stellen?“ „Wie sichern wir Betreuung und Bildung für unsere Kinder?“ „Wie soll das in allen Branchen drängende Thema des Fachkräftemangels angegangen werden?“ Diese Fragen sind nur ein kleiner beispielhafter Ausschnitt der Themen, um die es für alle Niedersächsischen und Niedersachsen bei der Wahl geht.

Wir rufen hiermit alle Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens auf, sich einzumischen. Sie haben die Wahl! Machen Sie sich Gedanken über die drängenden Themen, nutzen Sie Ihre Stimme und entscheiden Sie mit! Denn Sie haben Ihre und Niedersachsens Zukunft mit in der Hand – bei der Landtagswahl am 9. Oktober 2022. Denken Sie daran und gehen Sie wählen – für ein gutes Leben in Niedersachsen und unsere Demokratie!

Wer macht mit?

Wie Sie der beigefügten Zusammenstellung der Logos entnehmen können, haben sich als Erstzeichner folgende Organisationen und Verbände an dem Wahlaufruf beteiligt (Weitere Mitzeichner und Information hier: [Niedersachsen wählt / \(lag-fw-nds.de\)](https://www.lag-fw-nds.de)):

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Niedersachsen
Arbeit und Leben Niedersachsen
Deutscher Gewerkschaftsbund Region Niedersachsen
Bremen Sachsen-Anhalt
Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.

Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
 Behinderten-Sportverband Niedersachsen e. V.
 Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.
 Landesjugendring Niedersachsen e. V.
 Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.
 Landessportbund Niedersachsen e. V.
 Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e. V.
 Landeszentrale für politische Bildung
 Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung
 Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e. V.
 Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
 Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen



UNTERNEHMERVERBÄNDE
NIEDERSACHSEN E.V.



Landesbeauftragte für
Menschen mit Behinderungen



Behinderten Sportverband
Niedersachsen



Die Wohnungswirtschaft
Niedersachsen Bremen



Niedersächsische
Landeszentrale für
politische Bildung



*Landesfrauenrat
Niedersachsen e.V.*



Flüchtlingsrat
Niedersachsen e.V.



NIEDERSÄCHSISCHER BUND
FÜR FREIE
ERWACHSENENBILDUNG E.V.



TECHTIDE 2022 - Digitalisierung als Werkzeug junger Menschen in ihren Lebensphasen

Am 12. und 13.09. drehte sich auf der TECHTIDE 2022 erneut alles wieder um die Digitalisierung Wirtschaft und Gesellschaft in Niedersachsen. Dr. Bernd Althusmann, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, betonte in diesem Jahr bei seiner



Die LAG FW hat wieder deutlich gemacht, dass Chancengleichheit beim Thema Digitalisierung weiterhin eine Baustelle ist.

Eröffnungsrede, dass „der Mensch [...] im Zentrum von Digitalisierungsprozessen stehen muss“. Wie neue Potenziale dabei durch die Digitalisierung besonders auch für junge Menschen entstehen können, machte auch die diesjährige Session der Freien Wohlfahrtspflege mit dem Titel „Chancengleichheit in der digitalen Welt - Der Einsatz von Gamification zur Teilhabe von jungen Menschen“ deutlich. Durch attraktive Anwendungen und APPs wie „JMD Apply“ kann jungen Menschen zukünftig spielerisch und niedrigschwellig der Weg in die berufliche Integration erleichtert werden.



Lasse Koop vom JMD digital (Jugendmigrationsdienst Ratzeburg) erklärte den Teilnehmenden dazu, dass Gamification hier speziell eingesetzt wurde, um unter anderem beim Training von Bewerbungsgesprächen für größere Lernerfolge, bessere Nutzererfahrungen und Motivationssteigerungen zu erzielen. Die Digitalisierung wirkt aber auch bereits im Bereich der Careleaver unterstützend, indem junge Erwachsene durch neue digitale Angebote beim Übergang von der Jugendhilfe in die Selbständigkeit begleitet werden. Lisa Murua von Social Impact stellte dazu die Web-App Cariboo vor,

Von links nach rechts: Marco Brunotte (Vorsitzender LAG FW), Katharina Graves (AWO Bezirksverband Weser-Ems), Lisa Murua (Social Impact) und Lasse Koop (JMD Ratzeburg) diskutierten gemeinsam, was es braucht, damit auch Jugendliche von der Digitalisierung profitieren können.

mithilfe der sich Careleaver auf einer eigenen Plattform untereinander und gemeinsam mit Expert*innen austauschen, Fragen an die Community stellen und kuratierte Checklisten nutzen können, um den Leaving Care Prozess zu erleichtern. Für die beiden Referierenden und für Marco Brunotte, Vorsitzender der LAG FW, liegt der Mehrwert solch großartiger Projekte ganz klar auf der Hand, doch trotzdem sei es weiterhin problematisch, wenn dafür eine langfristige Finanzierung nicht sichergestellt werden kann. Auf die Frage von Moderatorin Katharina Garves (Beauftragte für Gleichstellung und Vielfalt, AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.), was er sich für die digitale Zukunft der Sozialwirtschaft wünsche, antwortete Brunotte, dass eine Gleichberechtigung der Sozialwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsteilnehmenden, wie etwa KMU, begrüßenswert wäre, besonders wenn es um das Thema Förderungen und ein Kompetenzzentrum zur Digitalisierung der Sozialwirtschaft geht. Nur so könne die Teilhabe an unserer Gesellschaft für junge aber auch für alle übrigen Menschen mithilfe der Digitalisierung langfristig gestärkt werden.



Die TECHTIDE bot auch dieses Jahr spannende Session und viele Möglichkeiten zur Vernetzung rund um das Thema Digitalisierung.

Fotos: LAG FW

Bericht aus dem Bereich Europa

Für ein nachhaltig soziales Europa

Vorstand der LAG FW und Ausschuss Europa in Brüssel

Vertreter*innen des Vorstandes und weitere Vorstände aus Mitgliedsverbänden der LAG FW haben sich zusammen mit dem Fachausschuss Europa bei einem mehrtägigen Arbeitsaufenthalt in Brüssel über die aktuellen sozialpolitischen Themen der EU informiert. Dabei kamen sie mit unterschiedlichen Akteur*innen aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, des EWSA, des Verbandes der Europäischen Sozialarbeitgeber und der Zivilgesellschaft sowie auch mit den EU-Vertretungen von Caritas, Diakonie und AWO ins Gespräch. Im Zuge aktueller Ereignisse lag dabei ein besonderer Schwerpunkt auf der Energiekrise, die Hilfe für Geflüchtete und die antieuropäischen und populistischen Entwicklungen innerhalb der EU, sowie deren Auswirkungen auf die gemeinnützige Sozialwirtschaft.



Foto LAG FW: Vertreter*innen der LAG FW beim Gespräch mit MdEP Lena Düpont

Bei einem parlamentarischen Abend mit Katrin Langensiepen (MdEP) in der Vertretung des Landes Niedersachsen standen die Armutsbekämpfung und die Förderung von Inklusion im Fokus. Zudem tauschte sich die Delegation mit Lena Düpont (MdEP) zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum aus. Nicht fehlen durfte ein Besuch bei der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Fördermittel des „ESF plus“ und beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zur Stärkung der partizipativen Demokratie und der Rolle der Freien Wohlfahrtspflege. Im Gespräch mit dem Verband der europäischen Sozialarbeitgeber (Social Employers) und der Organisation „Promote Ukraine“ wurde zudem deutlich, welche Schlüsselstellung die Wohlfahrtsverbände gleichermaßen als Arbeitgeber und Bindeglied zur Zivilgesellschaft haben.

Für Rückfragen steht Ihnen die Vorsitzende des FA, Agnieszka Krawczyk-Balon, (Tel. 0 51 21 / 9 38-1 45, Mail: Agnieszka.Krawczyk-Balon@caritas-dicvhildesheim.de), zur Verfügung.

Bericht aus dem Bereich Migration

Integration als Daueraufgabe - Verlässliche Finanzierung der Flüchtlings- und Migrationsdienste

Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland und wirbt um den Zuzug ausländischer Fachkräfte. Zeitgleich sind weltweit Menschen auf der Flucht vor Krisen und Kriegen und suchen unter anderem Schutz in Deutschland. Anfang des Jahres haben wir miterlebt, wie schnell die Situation in einem Land sich ändern und Millionen Menschen zur Flucht drängen kann.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die daraus resultierende Fluchtbewegung konnten Bund, Länder und Kommunen innerhalb kürzester Zeit auf ein gutes und stabiles Netzwerk von Flüchtlings- und Migrationsdiensten zurückgreifen.

Deutschland und Niedersachsen verzeichnen konstant hohe Zahlen in den Migrationsdiensten. Schutzsuchende Menschen, EU-Bürgerinnen und Bürger sowie nicht-europäische Zuwandernde nehmen die Angebote der Migrationsberatung zur Orientierung und Unterstützung in Deutschland an.

In ihrem Koalitionsvertrag sprach die Bundesregierung von einem Neuanfang in der Integrations- und Migrationspolitik, dem modernen Einwanderungsland Deutschland gerecht werden zu wollen und die Migrationspolitik „vorausschauend und realistisch“ gestalten zu wollen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege blicken nun für das Jahr 2023 auf erhebliche Kürzungen im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE). Knapp 22 Mio. € weniger sollen der MBE nächstes Jahr zur Verfügung stehen. Damit wäre jede vierte Beratungsstelle bedroht. Mitte 2022 hatte die MBE aufgrund des hohen Beratungsaufkommens noch eine Mittelerrhöhung von 5 Mio. € erhalten.

Auf Landesebene sieht es nicht besser aus. Niedersachsen plant Kürzungen für die Richtlinie Migration in Höhe von 1,2 Mio. €. Diese Kürzungen sind nicht nachvollziehbar, denn weiterhin sind Menschen gezwungen ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht in Deutschland zu suchen. Migrations- und Fluchtbewegungen sind kein zeitlich begrenztes Phänomen. Es ist ein Dauerzustand.

Um Migrations- und Integrationsprozesse gut begleiten zu können, braucht es vor allem Geld und Zeit. Geflüchtete und zugewanderte Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und müssen Haltungen, Einstellungen, Rechte und Forderungen in ihrem individuellen Integrationsprozess erfahren. Daher ist es umso wichtiger, die Beratung im Integrationsprozess nicht abzubrechen, sondern ihnen eine gute längerfristige und professionelle Unterstützung an die Seite zu stellen.

Die Beratungsdienste der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen bieten mit ihren hauptamtlichen Fachkräften und ihren vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen kontinuierliche Unterstützung und Orientierung bei der langfristigen Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft, insbesondere in Übergangsphasen. Die Migrationsberatung ist hierbei als Basisdienst zu verstehen, die diese Orientierung und Unterstützung von Anfang an bietet.

Die geplanten Kürzungen aus Bundes- und Landesebene für Flüchtlings- und Migrationsdienste spiegeln leider in keiner Weise politische Weitsicht wider, noch die Wertschätzung

für diese wichtige gesellschaftliche Arbeit. Daher ist es dringend notwendig, dass Land und Bund die vorhandenen Angebote der Flüchtlings- und Migrationsdienste auskömmlich finanziert und diese Beratung als Basisdienst etabliert. Nur so kann eine nachhaltige Integration gelingen und zum sozialen Frieden und zur Stärkung unserer Demokratie beigetragen werden.

Für Rückfragen steht Ihnen die Vorsitzende des FA, Regina Krome, (Tel. 05 11 / 5 24 86 - 3 83, Mail: regina.krome@paritaetischer.de), zur Verfügung.

Bericht aus dem Bereich Pflege und Gesundheit

Empfehlung der Pflegesatzkommission gem. § 86 SGB XI

Die aufgrund der weltpolitischen Lage massiv gestiegenen Kosten für Energie, medizinischen Sachbedarf und Lebensmittel stellen die Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen, aber auch in ganz Deutschland vor immer größere Probleme.

Um die Refinanzierung dieser Mehrkosten zu gewährleisten, hat die Pflegesatzkommission gem. § 86 SGB XI im Lande Niedersachsen für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen (PSK) am 31.08.2022 eine Empfehlung zum Umgang mit diesen Sachkostensteigerungen beschlossen.

Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit der einzelnen stationären Einrichtungen hat die PSK drei verschiedene Varianten entwickelt, die es den Pflegeeinrichtungen ermöglichen sollen, die Kostensteigerungen in den genannten Bereichen zu kompensieren. Als eine der drei Varianten wurde beispielsweise ein vereinfachtes Verfahren durch pauschale Vergütungsaufschläge erarbeitet. Gemäß dieser Pauschallösung können voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen einmalig einen pauschalen Aufschlag auf die Pflegeentgeltbestandteile Unterkunft und Verpflegung vereinbaren. Der Aufschlag beträgt für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Bereich Unterkunft 18,5 % und im Bereich Verpflegung 25,0 %. Für teilstationäre Pflegeeinrichtungen beträgt der Aufschlag im Bereich Unterkunft bis zu 28,0 % und im Bereich Verpflegung ebenfalls 25,0 %. Die Aufschläge gelten bis zum Abschluss einer neuen Pflegesatzvereinbarung und werden dann bereinigt und prospektiv neuverhandelt.

Für viele Pflegebedürftige bedeutet dies allerdings eine weitere Steigerung der Eigenanteile.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG FW) fordert die Bundesregierung daher auf, weitere Reformmaßnahmen für die Pflegeversicherung umzusetzen und die Eigenanteile konsequent zu begrenzen, um eine finanzielle Überlastung der Pflegebedürftigen zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang begrüßt die LAG FW eine entsprechende Initiative der niedersächsischen Sozialministerin Daniela Behrens.

Darüber hinaus muss auch das Land Niedersachsen einen Beitrag leisten, in dem zusätzlich zu den Investitionskosten im ambulanten Bereich auch die Investitionskosten in stationären Einrichtungen wieder gefördert werden.

Für Rückfragen steht Ihnen die Vorsitzende des FA, Andrea Hirsing (Tel. 05 11 / 36 04 - 1 44, Mail: andrea.hirsing@diakonie-nds.de), zur Verfügung.

Bericht aus dem Bereich Soziale Dienste

Expertenkreis Schuldnerberatung: Landesförderung für Soziale Schuldnerberatungsstellen

Spätestens seit dem Angriff auf die Ukraine sind Nachrichten über die steigende Inflation und explodierende Energiepreise tagtäglich in aller Munde.

In Niedersachsen haben sich in dieser Situation viele Akteure wie Land und Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Energieversorger und Wohlfahrts- und Sozialverbände zusammengefunden, um gemeinsam Lösungen für die Menschen in Niedersachsen umzusetzen. In der Kampagne „Gemeinsam durch die Energiekrise“ waren sich die Beteiligten dabei einig, dass gerade die wirtschaftlich Schwächsten in dieser Krise unterstützt werden müssen.

Das Land Niedersachsen hat darauf schnell reagiert und beschlossen, die Soziale Schuldnerberatung auszubauen, um damit ganz konkret und individuell den Menschen zu helfen, die durch steigende Preise für Lebensmittel und Energie und durch Nachzahlungsforderungen von Gas- und Stromversorgern überlastet sind.

Diesen Menschen wollen Schuldnerberatungsstellen der AWO, der Caritas, des Deutschen Roten Kreuzes, der Diakonie und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Wege aufzeigen, die bisher ungekannten finanziellen Herausforderungen in den Griff zu bekommen, die jetzt und voraussichtlich für längere Zeit auf sie zukommen.

In der Beratung können Zugänge zu staatlichen Leistungen und Härtefallfonds aufgezeigt werden, durch Haushalts- und Budgetberatung finanzielle Spielräume erschlossen werden und konkret Wege gefunden werden, um Forderungen zu begleichen und eine Überschuldung zu vermeiden.

Für Rückfragen steht Ihnen die Sprecherin des EK Schuldnerberatung, Antje Braun (Tel. 05 12 1 / 9 38-140, Email: antje.braun@caritas-dicvhildesheim.de), zur Verfügung.

Berichte der Landesstelle Jugendschutz

Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen: Risiken und Ressourcen

Sexualisierte Kommentare, aufgedrängte Berührungen, Weiterleiten von intimen Fotos, Drohungen und Vergewaltigung: Viele Jugendliche machen Erfahrungen mit sexuellen Grenzverletzungen und Gewalt. Nicht jeder Übergriff ist strafbar. Aber auch vermeintlich harmlose Äußerungen, Gesten oder Berührungen können sehr verletzen und Gefühle von Ohnmacht und Scham auslösen.

Aktuelle Studien, z. B. der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, zeigen, dass mehr als die Hälfte aller Jugendlichen verbale und digitale Belästigungen und Übergriffe erlebt. 20 % der weiblichen und 5 % der männlichen Jugendlichen sind von körperlichen Übergriffen betroffen. Ein besonders hohes Risiko, mit sexualisierter Gewalt konfrontiert zu werden, haben homo- und bisexuell orientierte junge Menschen.

Sexuelle Übergriffe werden am häufigsten von anderen Jugendlichen ausgeübt, in der Schule, im öffentlichen Raum oder in privaten Kontexten und in Social Media-Diensten. Jugendliche sprechen eher mit Gleichaltrigen, z. B. Freundinnen und Freunden, darüber, wenn so etwas passiert ist. Pädagogische Fachkräfte sind trotzdem gefragt: Sie können Position beziehen, von Schuldgefühlen entlasten, Informationen vermitteln und Unterstützung organisieren.

- Die Landesstelle Jugendschutz (LJS) hat mit Blick auf diese Thematik eine neue Broschüre für Fachkräfte veröffentlicht: Die **Broschüre „Was geht zu weit?“** fasst zentrale Informationen zu sexueller Gewalt unter Jugendlichen zusammen. Dazu gehören Hinweise zum Vorgehen in akuten Situationen, Überlegungen zu Präventionsarbeit und ein Überblick über aktuelle Materialien dafür.
- In Zusammenarbeit mit dem AWO-Bezirksverband Braunschweig führt die LJS aktuell ein **Projekt** mit dem Fokus auf „**Bystander**“ bei sexueller Gewalt durch. Bei Übergriffen sind häufig weitere Jugendliche involviert: Als Beobachter*innen der Situation, als Vertrauenspersonen oder Mitwisser*innen. Bystander sind also potentielle Unterstützer*innen für Betroffene, ihre Perspektive ist deshalb interessant für die Prävention und relevant für die Intervention in akuten Situationen. Sich bei Gewaltproblemen jemandem anzuvertrauen, kann Betroffene entlasten und eine Ressource für Hilfe und Unterstützung sein. Für das Anvertrauen spielen neben Freundschaften vor allem die sozialen Normen und das Gewaltverständnis einer Gruppe eine wesentliche Rolle. Sie sind Grundlage dafür, ob und wie Gleichaltrige bei einem Übergriff oder danach aktiv werden und eine betroffene Person unterstützen. Dieses Unterstützungspotential soll im Rahmen des Projekts reflektiert und aktiviert werden: in Workshops mit Jugendlichen und in Fortbildungen für Mitarbeiter*innen.



Für Rückfragen und weitere Informationen:

Andrea Buskotte, LJS | andrea.buskotte@jugendschutz-niedersachsen.de | 0511 858788

Sabrina Hampe, AWO | sabrina.hampe@awo-bs.de | 0531 39 08 - 185

Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?

Die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) bietet über das Projekt „Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?“ auch noch in diesem Jahr kostenfreie medienpädagogische Elternabende an.

Kennen Sie aus Ihrem beruflichen Umfeld auch diese oder andere Fragen von Eltern, die sich um die Medienerziehung ihrer Kinder drehen? Ist YouTube Kids eine kindgerechte Alternative zu YouTube? Ab welchem Alter macht ein eigenes Smartphone Sinn? Welche Spiele-Apps sind für mein Kind geeignet? Ich mache mir Sorgen, dass mein Kind zu viel spielt – was kann ich tun? Mein Kind möchte ein eigenes TikTok-Profil haben, was muss ich dabei beachten?



Antworten auf solche und weitere Fragen rund um die Mediennutzung von Kindern bekommen Mütter und Väter auf medienpädagogischen Elternabenden im Rahmen des Projektes „Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?“. Dort erfahren Eltern, welche Chancen und Risiken die Mediennutzung ihrer Kinder birgt und sie bekommen Tipps und Impulse für die Medienerziehung zuhause.

Die kostenfreien Elternveranstaltungen können online oder in Präsenz stattfinden. Weitere Informationen zum Projekt und zu den Buchungsbedingungen einer medienpädagogischen Elternveranstaltung finden Sie auf unserer Website <http://www.jugendschutz-niedersachsen.de/medien/digitale-welten-was-nutzt-ihr-kind/>.



Kooperationspartner des Projektes sind die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS).

Eva Hanel, Referentin für Medienpädagogik, Stellvertretende Leiterin Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen
Eva.Hanel@jugendschutz-niedersachsen.de

Jahrestagung der LJS zum suchtpreventiven Jugendschutz

Unter dem Titel „Berauschte Jugend – Substanzkonsum im Wandel“ findet am 6. Dezember 2022 die diesjährige Online-Jahrestagung der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen statt.



Vor dem Hintergrund eines alterstypisch weit verbreiteten Substanzkonsums unter Jugendlichen, beleuchtet die Tagung aktuelle Entwicklungen zu „neuen“ Suchtmitteln und Verhaltensweisen.

Einen Schwerpunkt bildet dabei die im Zusammenhang mit den geplanten gesetzlichen Änderungen zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene, künftig zu verstärkende Cannabisprävention. Aktuelle Ansätze, Chancen und Möglichkeiten der Prävention des Cannabiskonsums werden beleuchtet. Diskutiert wird auch, welchen Beitrag die Motivierenden Kurzintervention hierbei leisten kann.

Außerdem werden Impulse aus der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen aufgegriffen. Dazu gehören neue Zugangswege für die Beschaffung von Substanzen durch das Bestellen im Internet, sowie der Konsum von Benzodiazepinen und Opioiden durch Jugendliche. Thematisiert wird vor diesem Hintergrund auch die Frage, welche Weiterentwicklungen suchtpreventiver Ansätze sinnvoll, notwendig und möglich sind.

Das Tagungsprogramm sowie weiterführende Informationen zur Anmeldung finden Sie hier

[„Berauschte Jugend“ – Substanzkonsum im Wandel | Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen \(jugendschutz-niedersachsen.de\)](http://jugendschutz-niedersachsen.de)

Für Rückfragen steht Ihnen Dominika Lachowicz, Fachreferentin für Suchtprävention, (dominika.lachowicz@jugendschutz-niedersachsen.de oder telefonisch unter 05 11 / 85 87 88) zur Verfügung.

Berichte der Stelle für Soziale Innovation

Neue Richtlinie und Start des Ideen-Verfahrens

Die neue Richtlinie Soziale Innovation wurde vor kurzem im Amtsblatt veröffentlicht. Auch der Aufruf zum Einreichen von neuen Projektideen im Förderprogramm Soziale Innovation ist Ende August 2022 auf der NBank-Seite online gestellt worden.



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Die Stelle für Soziale Innovation hat zum Start des Ideen-Verfahrens zusammen mit den anderen 2 Stellen für Soziale Innovation von den Unternehmerverbänden (UVN) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eine Info-Veranstaltung für potenzielle Projektträger dazu angeboten.



Sabrina Fürstenberg-Wiegmann von der NBank stellte das 2-stufige Antragsverfahren im Förderprogramm Soziale Innovation vor.
Foto: Low (LAG FW)

Da das Förderprogramm vom Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) verantwortet wird, sprach Claudia Vörtmann ein Grußwort, in dem sie die große Bedeutung und Einzigartigkeit des Förderprogramms für Niedersachsen unterstrich. VertreterInnen der Stellen für Soziale Innovation und der NBank erläuterten das zwei-

stufige Antragsverfahren und die Anforderungen an sozial-innovative Projekte. Später konnten die ca. 60 Teilnehmenden Beratungsgespräche zu Projektideen führen und sich mit anderen Akteuren vernetzen.

Für Rückfragen, Projektbesuche und Beratung zur Fördermöglichkeit im Rahmen der Richtlinie Soziale Innovation steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Sarah Kuhlmann

Telefon 05 11 / 26 25 16 64

kuhlmann@lag-fw-nds.de

Sonstiges / Veranstaltungen

Ausschreibung für den Niedersächsischen Sozialpreis 2023 Bewerbungen noch bis zum 30.11.2022 möglich

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW) und die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN) freuen sich zum zweiten Mal über Bewerbungen sozialer Unternehmen und Projekte in Niedersachsen. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann ist der Schirmherr des Niedersächsischen Sozialpreises.

Unter dem Motto – Verantwortung. Zusammenhalt. Solidarität. – schreiben die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW) und die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN) zum zweiten Mal den Sozialpreis aus, für soziale Unternehmen und Projekte in Niedersachsen. Alle niedersächsischen Unternehmen, Organisationen und Kooperationen können sich unabhängig von Größe und Rechtsform bewerben oder aber auch nominiert werden.

Bewerbungen sind bis zum 30. November 2022 unter: www.sozialpreis-niedersachsen.de möglich. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus LAG FW und UVN. Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2023 statt.

Der Niedersächsische Sozialpreis 2023 wird in folgenden Kategorien vergeben:

1. **SOZIAL AM ARBEITSPLATZ**

Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Sicherheit am Arbeitsplatz stehen für viele Unternehmen und Organisationen im Mittelpunkt einer nachhaltigen Personalpolitik. Zur sozialen Verantwortung am Arbeitsplatz gehört auch, dass das soziale Umfeld der Beschäftigten ausreichend berücksichtigt wird. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Diversität, Integration von zugewanderten Menschen und vieles mehr, können Beispiele verantwortungsvoller Unternehmensführung sein.

2. **SOZIAL FÜR DAS GEMEINWESEN**

Unternehmen sind ein Teil der Gesellschaft. Eine partnerschaftliche und dialogorientierte Beziehung zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft. Insbesondere das Gemeinwesen im sozialen Umfeld eines Unternehmens spielt dabei eine wichtige Rolle.

3. **SONDERPREIS 2023 – HILFE FÜR DIE UKRAINE**

Der Sonderpreis richtet sich an Unternehmen und Initiativen, die in vorbildlicher Art und Weise Hilfeleistungen und Unterstützungsangebote für Menschen in und aus der Ukraine organisiert oder selbst umgesetzt haben. Die Solidarität und der Zusammenhalt mit den Menschen in und aus der Ukraine soll besonders hervorgehoben werden.

4. **SONDERPREIS 2023 – HILFE IN DER CORONA-PANDEMIE**

Die Pandemie hat Unternehmen und die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Der Sonderpreis richtet sich an Unternehmen und Initiativen, die mit innovativen Ideen und sinnstiftenden Projekten, besonderes Engagement gezeigt und geholfen haben.

Die Zitate der Initiatoren UVN und LAG sowie von Schirmherr Dr. Bernd Althusmann:

„Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist die wichtigste Grundlage für glaubwürdiges und verlässliches unternehmerisches Handeln. Diese Verantwortung zeigt sich besonders, wenn man das soziale Umfeld der Beschäftigten im Blick behält. Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration und Inklusion sind zentrale Themen für jedes Unternehmen. Da der Niedersächsische Sozialpreis diese Themen würdigt, habe ich gerne wieder die Schirmherrschaft übernommen.“

Dr. Bernd Althusmann, Nds. Wirtschaftsminister und Schirmherr des Niedersächsischen Sozialpreises

„Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Teilhabe sind die Grundpfeiler unserer Demokratie. Um diese Grundpfeiler zu stabilisieren, bedarf es des Zusammenwirkens von Unternehmertum und sozialer Verantwortung, was in der Praxis leider zu häufig noch eine Rarität ist. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass auch in diesem Jahr wieder besonderes Engagement als Vorbild mit dem Niedersächsischen Sozialpreis geehrt wird!“ Marco Brunotte, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

„Gerade in schwierigen Zeiten wie der Corona-Pandemie und während des furchtbaren Krieges in der Ukraine ist soziales Engagement von Unternehmen und Beschäftigten unverzichtbar. Wir haben in Niedersachsen viele herausragende Unternehmerinnen und Unternehmer, Organisationen sowie engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihrer sozialen Verantwortung auf ganz unterschiedliche Art und Weise mehr als gerecht werden. Diese Leuchttürme wollen wir mit dem Niedersächsischen Sozialpreis sichtbar machen und auszeichnen.“ Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

Den Flyer dazu finden Sie auf unserer Homepage https://lag-fw-nds.de/assets/docs/entry/flyer_nds_sozialpreis_2023.pdf

Anlagenbericht der LAG FW zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung „Kinderarmut in Niedersachsen – jedes fünfte Kind ist bedroht“

Auch in diesem Jahr legte die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) wieder einen eigenen Bericht zum Statistikeil zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung 2022 vor. Der Anlagenbericht 2022 befasst sich mit dem Thema Kinderarmut und ist in Zusammenarbeit mit dem renommierten Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt (ISS) erarbeitet worden. Der Bericht zeigt anhand von Zahlen und Fakten ein genaues Bild von Kinderarmut in Niedersachsen und verdeutlicht, dass die Problematik der Kinderarmut kein neues Phänomen ist. Es handelt sich vielmehr um ein strukturelles Problem, das immer noch ungelöst ist, da es zu wenig Beachtung findet.

Der Bericht wurde in einem gemeinsamen Fachtag von Sozialministerium und der LAG FW am 31.08.2022 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Näheres dazu und den vollständigen Bericht finden Sie hier: [„Kinderarmut in Niedersachsen – jedes fünfte Kind ist bedroht“ / \(lag-fw-nds.de\)](#)

Terminhinweise

Online-Fachtag der LAK „Kinderarmut? Die Letzten beißen die Hunde!“ am 16.11.2022

Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Wer arm ist, ist in den sich häufenden und gegenseitig verstärkenden Krisen wie Energieknappheit, Inflation, Corona noch ärmer dran als der Rest. Das lässt für die Zukunft der Schwächsten in unserer Gesellschaft, den Kindern, nichts Gutes erwarten.

Nach erfolgter Landtagswahl wollen wir mit unserem Fachtag „Kinderarmut? Die Letzten beißen die Hunde!“ unter anderem folgenden Fragen nachgehen: Wie haben Betroffene ihren Alltag in Kinderarmut erlebt? Wie ist die aktuelle Situation, wie die zu erwartende Entwicklung und welche Forderungen zur Bekämpfung von Kinderarmut ergeben sich daraus? Der bevorstehende Winter wird die Situation in unserer Gesellschaft weiter verschärfen, die Spaltung vertiefen und noch mehr Menschen abhängen. Dadurch vergeuden wir einen beträchtlichen Teil der wertvollsten Ressource, die wir besitzen: Wissen und Bildung der nachwachsenden Generationen. Es gibt aber wirtschaftliche und politische Alternativen, die eine gerechte Gesellschaft für alle ohne Armut möglich machen. Dem wollen wir gemeinsam auf unserem Fachtag nachgehen.

Anmeldungslink: <https://us02web.zoom.us/meeting/register/tZlsc-qsqT8qH9cEmo7OUF-psfSXg3JnxTGy>

Online-Fachtag zum OZG am 23.11.2022

Im Onlinezugangsgesetz (OZG) haben sich Bund und Länder verpflichtet, die Leistungen der deutschen Verwaltung bis zum Ende des Jahres 2022 digital anzubieten. Bereits im Juni 2021 hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. erstmals zum Sachstand und zu den möglichen Auswirkungen auf die Freie Wohlfahrtspflege berichtet. Kurz vor Ablauf der durch Bund und Länder ursprünglich gesetzten Frist zur Umsetzung, möchten wir Sie über den aktuellen Umsetzungsstand informieren und mit Ihnen in den Austausch gehen, wie sich prospektiv das OZG auf die Freie Wohlfahrt auswirken könnte. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. lädt Sie als Geschäftsführer*innen und Einrichtungsleitungen bzw. verantwortliche Leitungskraft ein, in einer digitalen Veranstaltung mehr über das OZG und dessen Umsetzungsprozesse zu erfahren sowie über den Einfluss auf und die Herausforderungen für Ihre Arbeitsfelder zu diskutieren.

Anmeldungslink: <https://us02web.zoom.us/meeting/register/tZwscOmuqzkjG-NIRewm1nYR5G14mjim7s6fR>